

## Verbesserung technischer Details stimmt, reicht aber bei Weitem nicht

Zum heute vorgestellten Umwelt-Omnibus erklären die Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand (PKM Europe), Marion Walsmann (CDU) und Markus Ferber (CSU):

„Jede abgeschaffte bürokratische Berichtspflicht ist hilfreich. Wichtig ist ein umfangreicher Umweltomnibus, der bei der Umsetzung der unzähligen Umweltregulierungen Erleichterungen für KMU bringt. Leider geht es auch diesmal mehr um die Optimierung technischer Details, als um großflächige effiziente Bürokratieentlastung. Wir brauchen eine umfassende Reform der Umweltgesetzgebung des Green Deals. Ein sektorübergreifendes Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren ist da ein guter Start. Aber Ziel der EVP muss sein, die für KMU entstehenden Kosten effektiv zu reduzieren. Das betrifft beispielsweise Auflagen beim Umweltrecht durch die Dekarbonisierung von Industrieanlagen und Wasserstoffinfrastruktur. Hier ist die heutige Vereinfachung nur ein erster guter Schritt. Selbes gilt für die Vereinfachung der Batterierichtlinie. Das spart doppelte Informationsabfragen. Auch war die Überarbeitung des Konzepts der EU-Bevollmächtigten im Rahmen der Erweiterten Herstellerverantwortung überfällig. Aber bei der Industrie-Emissionsrichtlinie müssen wir weiter gehen und die Pflicht zu individuellen Umweltmanagementsystemen, die sich mit DIN- und ISO-Standards überschneiden, abschaffen. Die meisten Anlagen verfügen wohlgemerkt ohnehin über vergleichbare Systeme. Zudem müssen wir die BAT-Grenzwerte nach oben korrigieren. Es ist zum heutigen Zeitpunkt schlichtweg unrealistisch und besonders für KMU enorm kostenintensiv, diese Schwellen einzuhalten. Wir fordern mehr Spielraum sowie ein unbürokratisches und rechtssicheres Verfahren für Ausnahmen und längere Übergangsfristen.“, so Marion Walsmann.

„Den Umweltomnibus heißen wir grundsätzlich sehr willkommen - er kommt in Schulnoten allerdings maximal auf eine drei minus. Begrüßenswert ist die Vereinfachung der Industrieemissions- und der Batterierichtlinie, sowie der Wasserrahmenrichtlinie. Aber einiges fehlt im Paket. Etwa die grundlegende Überarbeitung der Vogelschutzrichtlinie und der Flora- und Fauna-Habitatrichtlinie, bei denen Leitlinien und ein Stresstest nicht reichen werden. Wir brauchen einen Populationsansatz, der gewöhnliche von gefährdeten Arten unterscheidet, und Flächen für Ausgleichsmaßnahmen ausweitet. Bei der Überarbeitung der Umweltverträglichkeitsprüfung geht es nun um die effiziente Umsetzung, etwa für zügigere Genehmigungsverfahren im Bereich der erneuerbaren Energien in strategischen Sektoren. Auch müssen wir die Luftqualitätsrichtlinie angehen. Und es wird wichtig, wie die Nitratrichtlinie, die besonders für kleine Landwirtschaftsbetriebe hohe Belastung bedeutet, im kommenden Frühjahr überarbeitet wird. Eine weitere Richtlinie, die dringend an die aktuelle Realität angepasst werden muss: Die Nullemissionsgebäuderichtlinie. Denn wir dürfen bei allem guten Willen nie das Zusammenspiel der strategischen Ziele der EU vergessen. Umweltschutz ist richtig und gut, sollte aber pragmatisch und nachhaltig wettbewerbsfördernd, statt -hemmend, umgesetzt werden. Ein besonders praxisnahe Beispiel ist hier die Einwegplastikrichtlinie, die im Alltagsgebrauch bereits als Strohhalmverbot aufgefasst wird. Hier ist Nachbesserung durch den Umwelt-Omnibus essenziell. Denn was wir brauchen, sind keine weiteren Verbote, sondern Anreize für Investitionen innovationsfreudiger KMU in vielversprechende Zukunftsindustrien hier bei uns in Europa.“, so Markus Ferber.